

# Gegen hohe Studiengebühren kann man sich versichern

Wer als Akademiker weniger verdient als geplant, kann seinen Studienkredit langsamer zurückzahlen – dieses Modell aus den USA ist auch sozialverträglich, schreibt Tilman Slembeck

**D**er Vorschlag von Avenir Suisse, vom Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft und vom Wirtschaftsverband Economiesuisse, die Studiengebühren anzuhäufeln und gleichzeitig neue Finanzierungsformen zu schaffen, hat der Debatte um die Finanzierung der Hochschulbildung neuen Auftrieb verschafft.

Bildung, insbesondere Hochschulbildung, ist prinzipiell ein privates Gut. Ihr Nutzen fällt in erster Linie bei den Gebildeten selbst an. Sie führt nicht nur zu höherer Lebensqualität, sondern steigert die Produktivität menschlicher Arbeit, was zu höheren Löhnen führt. Firmen nutzen dieses Wissen und Können ihrer Arbeitskräfte wiederum zur Erhöhung der produktiven Wertschöpfung. Bildung bedeutet mithin zunächst eine Investition in persönliches Humankapital.

Soweit sich Ausbildung in höherem Einkommen und besseren Karriere-möglichkeiten niederschlägt, ist es sinnvoll, die Studierenden wesentlich stärker an den Kosten zu beteiligen. Dies ist auch als Anreiz wünschenswert, weil die Studierenden so zu einer seriösen Studienwahl angehalten und Bummelstudenten abgeschreckt werden. Das Verursacherprinzip in Form vermehrter Selbstbeteiligung an den Kosten verleiht der Hochschulbildung ihren Wert als knappes Gut und wirkt der Einstellung entgegen, dass nichts wert ist, was nichts kostet.

Zwingend ist dabei aber, dass die Mehreinnahmen vollständig für eine Steigerung der Qualität der Lehre verwendet und nicht die öffentlichen Haushalte entlastet werden. Dann ist es möglich, effizient und zügig zu studieren, ohne seine Zeit in überfüllten Hörsälen und ausgebuchten Seminaren zu vergeuden.

Doch wie sollen die anvisierten 5000 Franken an Gebühren pro Jahr finanziert werden? Die Studie von Avenir Suisse schlägt verschiedene Varianten von staatlichen Darlehen vor. Kritisiert wird daran unter anderem, dass die nötigen Rückzahlungen zu einer Hypothek der Studierenden für die Zukunft würden und deshalb abschreckend wirken könnten. Nun trägt der Einzelne selbst das Risiko eines unterdurchschnittlichen Einkommens, einer wenig glanzvollen Karriere oder gar der Arbeitslosigkeit.

Ideal ist in dieser Situation, wenn er sich gegen solche Einkommensrisiken versichern kann. Eine Versicherung fasst eine genügend grosse Zahl von Kreditnehmern zusammen, so dass das Risiko unter diesen ausgeglichen werden kann. Die Versicherung erhebt dann eine Prämie, die dem Durchschnittsrisiko entspricht.

Überträgt man diese Idee auf die Finanzierung von Bildungsdarlehen, resultieren einkommensgebundene Kreditmodelle. Wie viel jemand nach Abschluss des Studiums abbezahlen muss, hängt von seinem später erzielten Einkommen ab. Die Zahlungen sind nämlich nicht als feste Summen, sondern als Prozentsätze festgelegt. Diese Sätze sind unterschiedlich und bestimmen sich aufgrund verschiedener Faktoren wie etwa individueller Bonität, Schulnoten, des gewählten Studienfachs und der Hochschule.

Dies klingt utopischer, als es ist. In den USA hat sich das Unternehmen MyRichUncle.com seit einigen Jahren auf genau diese Art von Ausbildungskredit spezialisiert. Nach der Feststellung des individuellen Risikos wird ein Zinssatz in Höhe von 0,1 bis 0,2 Prozent des Einkommens pro 1000 Dollar, die ausgeliehen wurden, vereinbart. Die Zahlungsverpflichtung beträgt meist 10 bis 15 Jahre.

Geht man davon aus, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Studiengebühren von durchschnittlich heute 1300 auf 5000 Franken vollständig auf diese Weise finanziert wird, beträgt die nötige Kreditaufnahme für vier Studienjahre zirka 15 000 Franken. Bei

einem mittleren Satz von 0,15 Prozent pro 1500 Franken werden jährlich 1,5 Prozent des Einkommens fällig. Verdient ein Absolvent im Durchschnitt der 10 bis 15 Jahre nach Abschluss 120 000 Franken jährlich, müssen jährlich 1800 Franken abbezahlt werden. Dies ist zwar kein sehr günstiger Kredit, doch bietet er eine Absicherung für den Fall eines deutlich tieferen Einkommens. Beträgt dieses beispielsweise 60 000 Franken, sind nur 900 Franken im Jahr fällig.

Eine solche Finanzierung hat mehrere Vorteile. Für die Studierenden reduziert sich das Risiko einer übermässigen späteren Belastung, falls das Einkommen unter den Erwartungen bleibt. Gleichzeitig ist für den Kreditgeber das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit geringer. Damit wird es möglich, dass private Investoren in Ergänzung zum Staat zusätzliche Mittel bereitstellen. Zudem ist das Instrument sehr sozialverträglich, indem Absolventen mit besonders hohem Einkommen jene mit unterdurchschnittlichem Verdienst subventionieren.

**N**eben den persönlichen Vorteilen von Hochschulbildung besteht auch ein klares gesellschaftliches Interesse an ihr. Ein allgemein hohes Bildungsniveau liefert nicht nur den Rohstoff für hohe Produktivität und ist so ein bedeutsamer Standortfaktor, sondern es reduziert soziale Unterschiede und stärkt den sozialen Frieden. Das ist die Begründung für eine subsidiäre staatliche Mitfinanzierung der Bildung in Form von Direktzahlungen an die Hochschulen sowie Stipendien. Dass letztere aufgrund unterschiedlicher kantonaler Regelungen stark variieren, hat zu verständlichem Unmut geführt, doch ist nicht einzusehen, warum es einem Kanton verwehrt werden soll, seine Studierenden besonders grosszügig zu fördern, sofern die Steuerzahler dies gutheissen. Vielmehr besteht die Hauptproblematik der Stipendien darin, dass zwar einkommensschwache Familien unterstützt werden, sich der Mittelstand aber kaum mehr leisten kann, mehrere Kinder an die Hochschulen zu schicken. Hier sind ergänzende Finanzierungsformen wie die genannten einkommensabhängigen Kredite nötig.

## Tilman Slembeck



Tilman Slembeck, 41, ist Professor für Volkswirtschaftslehre und vertritt dieses Fach an der Universität St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur. Er war als Forscher einige Zeit im Ausland tätig, unter anderem an der Harvard University und am University College London.